



Internationaler Tag für den freien Sonntag am 3. März 2015

- Allianz fordert bundeseinheitlichen Schutz des arbeitsfreien Sonntags -

Mainz / Trier 03.03.2015 - Trotz einschlägiger Urteile oberster Bundesgerichte - darunter auch die aktuellste Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur hessischen Bedarfsgewerbeverordnung - dem Schutz des Sonntags hohe Priorität einzuräumen, gibt es immer wieder Vorstöße von Politik und Wirtschaft, die darauf gerichtet sind, den arbeitsfreien Sonntag weiter aushöhlen.

Sonn- und Feiertage entwickeln sich immer mehr zu normalen Arbeitstagen – mit negativen Auswirkungen auf das Privat-, Familienleben und das Gemeinwesen. Und das, obwohl die staatliche Schutzgarantie für Sonn- und Feiertage sogar Verfassungsrang genießt (Art. 140 GG). Schon jetzt arbeiten rund elf Millionen Erwerbstätige in Deutschland auch an Sonn- und Feiertagen - Tendenz steigend.

Ausnahmen für Sonntagsarbeit bundeseinheitlich regeln

Der Sonntagsschutz fällt zu einem wichtigen Teil in die Zuständigkeit der Bundesländer, die allerdings untereinander in zunehmendem Standortwettbewerb stehen. "Da wundert es nicht, dass einige Länder aufgrund wirtschaftspolitischen Kalküls den Sonntagsschutz sukzessive aushöhlen," so Manfred Thesing, Sprecher der Allianz für den freien Sonntag in Rheinland Pfalz. "Daher muss der Bund die nach §10 Abs.1 Arbeitszeitgesetz zugelassene Sonn- und Feiertagsbeschäftigung auf das für die Daseinsvorsorge tatsächlich notwendige Maß beschränken." Anstatt über eine Vielzahl von unterschiedlichen Länderbedarfsgewerbeordnungen müsse eine einheitliche Bundesbedarfsgewerbeverordnung die Ausnahmen für Sonntagsarbeit regeln.

Sonntagsschutzbericht einführen

Bislang fehlen der Bundesregierung repräsentative Erhebungen zur Wirksamkeit des Sonntagsschutzes. Die Allianz für den freien Sonntag in Rheinland-Pfalz fordert deshalb einen regelmäßigen Sonntagsschutzbericht der Bundesregierung, der alle verfügbaren Daten zur Sonntagsarbeit bündelt und geeignete Sanktionen gegen Missbrauch des Sonn- und Feiertagsschutzes aufzeigt.

Die **Allianz für den freien Sonntag** ist eine kirchlich-gewerkschaftliche Initiative, die von zahlreichen Organisationen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen unterstützt wird. Sie ist auf der Bundesebene sowie in acht Bundesländern und über 80 Regionen Deutschlands verankert. Sonntagsallianzen und ähnliche Initiativen bestehen auch in vielen anderen EU-Ländern.

www.allianz-fuer-den-freien-sonntag.de
www.sonntagsallianz-rlp.de

Kontakt:

Manfred Thesing, Vorsitzender Katholikenrat Trier; thesing@onlinehome.de; 06758 804151

Trägerkreis der Allianz für den Freien Sonntag Rheinland-Pfalz

- Evangelische Kirche der Pfalz (Prot. Landeskirche)
vertreten durch die Ev. Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft, Kaiserslautern
- Evangelische Kirche im Rheinland (EKiR),
vertreten durch den Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt
- Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN),
vertreten durch das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung, Mainz
- Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)
mit den Diözesanverbänden Limburg, Mainz, Speyer, Trier
- Landesarbeitsgemeinschaft der Katholikenräte in Rhl.-Pfalz:
Diözesanrat Limburg, Katholikenrat Mainz, Katholikenrat Speyer, Katholikenrat Trier
- Referat Berufs- u. Arbeitswelt im Bistum Mainz
- Referat Seelsorge in der Arbeitswelt, Bistum Speyer
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Ver.di) Rhl.-Pfalz, Landesfachbereich Handel